Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3555**

15. Wahlperiode 30. 06. 2004

Große Anfrage

der Abgeordneten Cornelia Pieper, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Dr. Christel Happach-Kasan, Christoph Hartmann (Homburg), Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Folgen der Abwanderung für die neuen Bundesländer

Die Krise der Renten- und Krankenversicherungskassen hat die Folgen des demografischen Wandels besonders drastisch verdeutlicht. Die sinkende Geburtenrate, die steigende Zahl älterer Menschen und die anhaltenden Wanderungsströme bestimmen die demografische Entwicklung. Die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes erwartet für 2050 in Deutschland insgesamt 75,1 Millionen Einwohner – 7,3 Millionen weniger als heute. Von dieser Entwicklung sind die neuen Bundesländer wegen der hohen Zahl von Abwanderungen von Ost- nach Westdeutschland besonders betroffen. Nach Angaben des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Länder haben seit 1990 über eine Million Menschen Ostdeutschland verlassen – rund 65 Prozent davon sind in der Altersgruppe der 18 bis 25-Jährigen. Auch die neuesten Zahlen des Bundesamts für Statistik sind alarmierend. Danach werden bis 2020 weitere 1 Millionen Menschen Ostdeutschland verlassen. Weil bis dahin mehr Menschen sterben als geboren werden, wird die Bevölkerungszahl in den neuen Bundesländern insgesamt von 13,7 Millionen im Jahre 2001 auf ca. 12 Millionen im Jahre 2020 zurückgehen. Vor allem die bedrückend hohen Abwanderungszahlen haben fatale Folgen für Ostdeutschland: Die Kommunen ziehen weniger Steuern ein, das Bildungsniveau sinkt, qualifiziertes Personal fehlt, Industrieunternehmen investieren kaum, die Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen geht zurück, die Kosten für die städtische Infrastruktur verteilen sich auf immer weniger Schultern, Wohnungen stehen leer, periphere Regionen entvölkern sich zunehmend. Die entscheidenden Gründe für die Abwanderung sind fehlende Ausbildungs- und berufliche Perspektiven. Es sind deshalb vor allem die jungen und gut ausgebildeten Menschen, die Ostdeutschland verlassen. 2001 hatten zum Beispiel in Sachsen 37 Prozent der Abgewanderten Fachhochschul- oder Hochschulreife. Dagegen lag der Anteil der Fortgezogenen mit Volks- und Hauptschulabschluss bei 12 Prozent. Nicht selten werden Stimmen laut: „Die Leute noch besser auszubilden ist kontraproduktiv; je höher sie qualifiziert sind, desto eher ziehen sie fort“.

Da gerade Frauen in strukturschwachen Regionen schlechte berufliche Chancen haben, ist ihr Anteil an der Abwanderung überdurchschnittlich hoch. So kommen in ländlichen Kreisen auf 100 Männer nur noch 80 Frauen in der gleichen Altersklasse. Dies führt dazu, dass weniger Familien gegründet und weniger Kinder geboren werden.

Schließlich werden der Wirtschaft ab 2006 in den neuen Bundesländern – trotz der hohen Arbeitslosenzahl – wegen des fehlenden Nachwuchses die Arbeitskräfte fehlen.

Abwanderung ist ein Phänomen, auf das Antworten zu finden sind und auf die die Politik reagieren muss.

Wir fragen die Bundesregierung:

A. Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die wirtschaftliche Situation und Zukunft in den neuen Bundesländern, insbesondere vor dem Hintergrund des dort überproportional hohen Bevölkerungs- und Erwerbsrückgangs?

2. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet im Sinne von Artikel 72 Abs. 3 GG in den neuen Bundesländern nur dann realisiert werden kann, wenn die Abwanderung von dort gestoppt und sich Industrie und Forschung ansiedeln?

2.1. Wenn ja, welche Konzepte hat die Bundesregierung dafür?

3. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu Engpässen bei der medizinischen Versorgung, insbesondere in den ländlichen Gebieten der neuen Bundesländer vor?

3.1. Wie viele qualifizierte Ärzte sind seit 1990 aus den neuen Bundesländern abgewandert?

3.2. Wie viele Arztpraxen, insbesondere Hausarztpraxen, werden in den nächsten Jahren – differenziert nach Bundesländern – aus Altersgründen aufgegeben werden?

3.3. Wie werden die Chancen bewertet, dass die Arztpraxen mit entsprechend qualifizierten Nachfolgern besetzt werden können?

3.4. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass an der Altersgrenze von 68 Jahren für Vertragsärzte vor diesem Hintergrund nicht länger festgehalten werden sollte?

4. Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus diesen Tatsachen?

5. Wie hoch ist der Bedarf an Ärzten in den neuen Ländern?

6. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die medizinische Betreuung der Menschen in Regionen mit einer hohen Abwanderungsquote und zunehmender Überalterung der Bevölkerung zu sichern?

7. Wie stellt sich die Situation im Bereich der Krankenhäuser, der Zahnärzte, der Psychotherapeuten, der Pflegeberufe und der Heilmittelerbringer dar?

8. Welche weiteren Berufsgruppen sind der Bundesregierung bekannt, in denen ähnliche Engpässe bestehen oder zu erwarten sind?

9. Wie viele Menschen haben seit 2001 Mobilitätshilfen (aufgeschlüsselt nach den einzelnen Arten) in den neuen Bundesländern in Anspruch genommen?

9.1. Wie viele davon waren unter 25 Jahren?

10. Wie beurteilt die Bundesregierung den Einfluss dieser Hilfestellungen auf die Abwanderung junger Menschen von Ost- nach Westdeutschland?

11. Sieht die Bundesregierung eine Gefahr, dass Mobilitätshilfen zwar regionale Ungleichgewichte auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für Jugendliche reduzieren, gleichzeitig aber die Entwicklung in den neuen Bundesländern, insbesondere in den strukturschwachen Regionen, beeinträchtigen?

12. Wie viele mittelständische Unternehmen gibt es in Ostdeutschland insgesamt und wie ist der Mittelstand in den jungen Bundesländern strukturiert (bitte nach Umsatz- und Beschäftigtengrößenklassen auflisten)?

13. Trifft die Aussage des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle zu, dass in Ostdeutschland 100 000 kleine und mittlere Unternehmen fehlen?

14. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um den Mittelstand – das Herzstück der Wirtschaft – insbesondere in Ostdeutschland zu stärken?

15. Wie viele Neugründungen kleiner und mittlerer Unternehmen hat es seit 1998 in Ostdeutschland gegeben?

16. Wie viele kleine und mittlere Unternehmen sind in Ostdeutschland seit 1998 in Konkurs gegangen?

17. Worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für die Schwierigkeiten bei der Kreditvergabe an kleine und mittelständische Unternehmen?

18. Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Beseitigung oder Abmilderung dieser Ursachen?

B. Bildungspolitik

19. Wie viele Grundschulen, Hauptschulen, Gesamtschulen und Gymnasien, Kollegschulen, Berufs- und Berufsfachschulen sind seit 1990 in Berlin-Ost, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen (neue Bundesländer) geschlossen worden?

20. Welche Informationen liegen der Bundesregierung zu den Schulschließungen vor und welche Rückschlüsse zieht sie daraus?

20.1. Wie hat sich insbesondere die Abwanderung von Ost nach West darauf ausgewirkt?

21. Wie wird die schulische Bildung in den Regionen, die von Schulschließungen betroffen sind, sichergestellt?

22. Wie viele Volks- und Hauptschulabsolventen – jeweils gegliedert nach: mit Berufsausbildung; mit abgebrochener Berufsausbildung (Angabe des Zeitpunktes/Ausbildungsjahres); ohne Berufsausbildung – haben seit 1990 die neuen Bundesländer verlassen?

23. Wie viele Hochschul- und Fachhochschulabsolventen haben seit 1990 die neuen Bundesländer verlassen?

24. Wie stellt sich die Entwicklung der Studierendenzahlen an den Hochschulen der neuen Länder – gegliedert nach Studierenden aus den neuen und den alten Bundesländern – dar?

25. Wie hoch ist der Anteil der Hochschulabsolventen in den neuen Bundesländern, die nach einem abgeschlossenen Studium eine Tätigkeit in den neuen Bundesländern aufnehmen?

26. Wie viele junge Menschen (absolut und relativ zur Anzahl des Jahrgangs) befinden sich in den neuen Bundesländern in betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung?

27. Welche Maßnahmen sind getroffen worden, um die betriebliche Ausbildung in den neuen Bundesländern zu fördern, und welcher Finanzierungsaufwand ist dafür nötig?

28. Wie viele junge Menschen (absolut und relativ zur Anzahl des Jahrgangs) pendeln zu einer Ausbildungsstätte in den alten Ländern?

29. Was tut die Bundesregierung, um die abgewanderten jungen, leistungsstarken Menschen zur Rückkehr in die neuen Länder zu motivieren?

30. Ist der Bundesregierung bekannt, ob und wie viele Menschen, die Ostdeutschland seit der Wende verlassen haben, dorthin zurückgekehrt sind?

30.1. Wenn ja, welche Informationen liegen der Bundesregierung dazu vor?

C. Jugendarbeitslosigkeit

31. Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass die beabsichtigte Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe neue Ausbildungsplätze in den neuen Bundesländern schaffen wird?

31.1. Wenn ja, von wie vielen neuen Ausbildungsplätzen geht die Bundsregierung aus?

32. Wie viele Unternehmen in Ostdeutschland müssten auf Grund der neuen beabsichtigten Regelungen eine Ausbildungsplatzabgabe entrichten?

33. Wie viele davon sind kleine und mittlere Unternehmen?

34. Wie hoch schätzt die Bundesregierung den prozentualen Anteil ostdeutscher Unternehmen ein, die eher einen Auszubildenden einstellen würden als die Ausbildungsplatzabgabe zu entrichten?

35. Zeigt die Bundesinitiative „Jugend bleibt“, die nach den Plänen der Bundesregierung die Abwanderung eindämmen und Programme wie „Brücke Ost“ und „E&C“ ergänzen soll, in Ostdeutschland – aufgeschlüsselt nach Ländern – bereits Wirkungen bezüglich des Rückgangs der Abwanderungszahlen?

D. Gesellschaftspolitik

36. Wie viele Familien mit minderjährigen Kindern und Kindern in der Ausbildung haben seit 1990 die neuen Bundesländer verlassen?

    Wie viele davon waren allein erziehende Mütter bzw. Väter?

37. Wie viele Familien und Paare aus den neuen Bundesländern führen eine so genannte Fernbeziehung, weil ein Partner oder eine Partnerin einen Arbeitsplatz in den alten Bundesländern angenommen hat?

38. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, durch welche Faktoren zu erklären ist, dass in den neuen Ländern die Geburtenziffern deutlich unter den Werten in der ehemaligen DDR und unter den Werten in den alten Bundesländern liegen?

38.1. Welche Prognosen für die künftige Bevölkerungsentwicklung in den neuen Ländern zieht die Bundesregierung daraus und welchen politischen Handlungsbedarf sieht sie?

39. Welche Rolle spielt nach Einschätzung der Bundesregierung das Kinderbetreuungsangebot in den neuen Bundesländern für die Entscheidung von Familien, Ostdeutschland zu verlassen oder zu bleiben?

40. Geht die Bundesregierung davon aus, dass in den neuen Bundesländern ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder besteht und daher von der angekündigten Bundesförderung des Ausbaus der Betreuungsangebote in Höhe von 1,5 Mrd. Euro jährlich ab 2005 nur ein geringer Anteil den neuen Ländern zugute kommen soll?

40.1. Wenn ja, in welcher Höhe und welcher Form soll die Kinderbetreuung in den neuen Bundesländern konkret gefördert werden?

41. Welche Handlungsnotwendigkeiten und finanziellen Folgen werden sich für die Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere im Bereich Kindertagesbetreuung, in den neuen Ländern ergeben, sollte das bei der Bundesregierung im Entwurf vorliegende Tagesbetreuungsausbaugesetz umgesetzt werden?

42. Welche Folgen sieht die Bundesregierung aus der Bevölkerungsentwicklung in den neuen Ländern für die Aufgaben und Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe und welche Problemlösungsstrategien bestehen dazu?

43. Zu welchen konkreten Ergebnissen für die neuen Bundesländer haben die Gespräche zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft im Jahre 2003 zur „Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“ geführt?

43.1. Welche Maßnahmen wurden für die neuen Bundesländer mit welchem Ziel bereits umgesetzt und sind nun neu geplant?

44. Wie beurteilt die Bundesregierung die zu erwartenden besonders hohen Altenquotienten (nach der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung) in den neuen Bundesländern und welche Konzepte liegen vor, um diesem Trend der Überalterung entgegenzuwirken bzw. sich darauf einzustellen?

45. Gibt es einen Zusammenhang zwischen Abwanderung und steigender Kriminalität in den Regionen, die in besonderem Maße von hohen Abwanderungszahlen betroffen sind?

E. Infrastruktur

46. Welches Anliegen verfolgen die von der Bundesregierung aufgelegten Programme, wie: „Die soziale Stadt“, „Stadtumbau Ost“, „wir … hier und jetzt“?

47. Sind die von der Bundesregierung aufgelegten Programme einer Evaluation unterzogen worden, und falls ja, mit welchem Ergebnis, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Eindämmung der Abwanderungsquote (gegliedert nach den jeweiligen Regionen)?

48. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass trotz des Förderprogramms „Stadtumbau Ost“ der Wohnungsleerstand und die Einschränkung der öffentlichen Infrastruktur weiter zunimmt?

48.1. Wenn ja, worin sieht die Bundesregierung die Hauptgründe dafür?

48.2. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um diesem Prozess entgegenzuwirken?

49. Welche Auswirkungen haben Wanderungsströme auf das Bau- und Wohnungswesen in den neuen Bundesländern?

50. Sind der Bundesregierung bereits Ergebnisse des Modellvorhabens „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern“ in den Modellregionen Mecklenburgische Seenplatte, Lausitz-Spreewald und Ostthüringen bekannt und welche sind es?

51. Wenn ja, welche Erkenntnisse und Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

52. Welche arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Auswirkungen werden nach Auffassung der Bundesregierung urbane Veränderungen in den neuen Bundesländern haben?

53. In welchem Spannungsverhältnis stehen die in Frage 46 genannten Programme zu solchen Maßnahmen der Bundesregierung, mit denen den Kommunen neue Aufgaben übertragen werden, etwa bei der Schaffung von Betreuungsangeboten für unter 3-Jährige?

54. Gehen die dadurch entstehenden finanziellen Mehrbelastungen der Kommunen zu Lasten dieser Förderprogramme und laufen ihnen damit zuwider?

55. Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der Umsetzung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE)?

56. In welchem Umfang werden die noch zur Fertigstellung ausstehenden Verkehrsprojekte Deutsche Einheit von den Kürzungen betroffen sein, die sich aus den neuen mittelfristigen Finanzplanungen der Bundesregierung für die Verkehrsinvestitionen ergeben?

57. Bis wann sollen die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit sowie die im Bundesverkehrswegeplan für die neuen Bundesländer ausgewiesenen Projekte des vordringlichen Bedarfs nach den Planungen der Bundesregierung fertig gestellt sein?

58. Trifft es zu, dass für die Verkehrsprojekte in den neuen Bundesländern in der aktuellen Mittelfristperiode von 2004 bis 2008 nur rund 4 Mrd. Euro für die Straße und nur rund 3 Mrd. Euro für die Schiene zur Verfügung stehen werden?

58.1. Wenn nein, von welcher Summe ist auszugehen?

59. Trifft es zu, dass eine Reihe von Vorhaben im Schienenbau in Ostdeutschland vor Erreichen der Investitionszielstellung abgebrochen oder gar nicht erst dotiert werden, obwohl sie bisher disponiert waren?

59.1. Wenn ja, um welche Projekte handelt es sich dabei?

60. Beabsichtigt die Bundesregierung, den bisherigen Investitionsschwerpunkt für die Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern beizubehalten?

F. Demografische Entwicklung

61. Hat die Bundesregierung Maßnahmen geplant, um das Bewusstsein der Bevölkerung für die demografische Entwicklung zu schärfen vor dem Hintergrund, dass eine Umfrage aus dem Jahr 2003 ergab, dass 52 Prozent der Deutschen den Begriff „demografischer Wandel“ gar nicht kennen?

62. Wie wirken sich nach Einschätzung der Bundesregierung die drei demografischen Größen: Geburtenrückgang, Überalterung und Wanderung jeweils auf die derzeitige Bevölkerungsentwicklung, sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern aus?

63. Plant die Bundesregierung, dieser demografischen Entwicklung mit einem langfristig angelegten Konzept entgegenzutreten?

63.1. Wenn ja, welches sind die Eckpfeiler dieses Konzeptes?

64. Plant die Bundesregierung die jährliche Herausgabe eines Demografieberichts?

64.1. Wenn ja, ab wann, und wenn nein, warum nicht?

65. Zu welchen Konsequenzen führen die Ergebnisse der Demografie-Initiative „Betriebliche Strategien für eine altersgerechte Arbeits- und Personalpolitik“, die das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit 4,2 Mio. Euro gefördert hat, um den Unternehmen zu helfen, sich auf den demografischen Wandel in der Arbeitswelt einzustellen?

66. Verfügt die Bundesregierung für den Aufbau Ost über ein verbindliches, ressortübergreifendes Gesamtkonzept und welche Ressorts sind darin eingebunden?

66.1. Wenn ja, wie sieht es aus und wo kann man es nachlesen?

66.2. Falls nein, beabsichtigt die Bundesregierung, ein solches vorzulegen, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?

66.3. Wenn nein, warum sieht die Bundesregierung keinen Handlungsbedarf?

67. In welcher Weise berücksichtigt die Bundesregierung beim Aufbau Ost die demografische Entwicklung und insbesondere die anhaltend hohe Zahl der Abwanderung von Ost- nach Westdeutschland?

68. Wie wurden die 115 Vorschläge aus der Testregion „Abbau von Bürokratie“ in Westmecklenburg bislang von der Bundesregierung umgesetzt?

69. Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus diesen Vorschlägen für die anderen neuen Bundesländer?

70. Beabsichtigt die Bundesregierung, neben den bereits drei bestehenden Modellregionen weitere einzurichten?

70.1. Wenn ja, welche sind das?

70.2. Wenn nein, warum nicht?

G. Forschung

71. Wie viele Wissenschaftler waren zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auf dem Hoheitsgebiet der ehemaligen DDR an den Hochschulen, staatlichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, an der Akademie der Wissenschaften und in der Wirtschaft beschäftigt?

72. In welchem Verhältnis stand die Zahl der Wissenschaftler bezogen auf 1 000 Einwohner in den fünf neuen Bundesländern im Jahr 1990?

73. Wie hoch ist die Anzahl der Wissenschaftler aus der ehemaligen DDR, die nach 1990 in das gesamtdeutsche Wissenschaftssystem und die Wirtschaft integriert wurden?

74. Wie viele ostdeutsche Wissenschaftler folgten nach 1990 einem Ruf in die alten Bundesländer oder in das Ausland?

75. Wie viele Wissenschaftler aus den alten Bundesländern und dem Ausland folgten seit 1990 einem Ruf an Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in den fünf neuen Bundesländern?

76. Wie hoch ist die Zahl der Wissenschaftler, die heute an den Hochschulen, den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft arbeiten?

77. In welchem Verhältnis steht die Zahl der Wissenschaftler bezogen auf 1 000 Einwohner in den fünf neuen Bundesländern im Jahr 2004?

78. Wie hoch ist die Anzahl der bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldeten arbeitslosen Wissenschaftler?

Berlin, den 24. Juni 2004

Cornelia Pieper
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Guttmacher
Dr. Christel Happach-Kasan
Christoph Hartmann (Homburg)
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Eberhard Otto (Godern)
Detlef Parr
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333